



Nr. 66 | 14.06.2023

## Belarus-Analysen

### Beziehungen von Belarus zur Ukraine und Russland

■ <b>ANALYSE</b>		
»Belarus – Ukraine« nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine: Ein unerwartetes Dreieck Yevhen Mahda (Institut für Weltpolitik, Kyjiw)		2
■ <b>ANALYSE</b>		
Die »Integration« von Belarus und Russland: die Roadmaps des Unionsstaates Roza Turarbekava (Historikerin aus Belarus)		7
■ <b>UMFRAGEN</b>		
Umfrage von Chatham House »Die Haltung der Belarus*innen zum Krieg und Wertorientierungen«		11
<hr/>		
■ <b>CHRONIK</b>		
12. März – 29. Mai 2023		15

## »Belarus – Ukraine« nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine: Ein unerwartetes Dreieck

Yevhen Mahda (Institut für Weltpolitik, Kyjiw)

DOI: 10.31205/BA.066.01

### Zusammenfassung

Die belarusisch-ukrainischen Beziehungen befinden sich heute in dem problematischsten Zustand seit 1991. Ein Faktor für die zunehmende Verschlechterung der Beziehungen war der großangelegte russische Einmarsch in die Ukraine von 2022. Er zwang das offizielle Kyjiw, seine Beziehungen zum offiziellen Minsk zu ändern. Gleichzeitig positionierten sich Vertreter:innen der belarusischen demokratischen Kräfte durch Krieg immer schärfer. Auch haben Abteilungen der Streit- und Verteidigungskräfte der Ukraine, die aus belarusischen Freiwilligen bestehen, die Bühne betreten. Daher erinnert die Situation anstelle einer gewissen Linearität bilateraler Beziehungen eher an eine Dreiecksbeziehung.

### Die Beziehungen auf offizieller Ebene vor und nach dem 24. Februar 2022

Der 24. Februar 2022 markiert eine Wegscheide in den belarusisch-ukrainischen Beziehungen. Diesem Tag ging eine Reihe bemerkenswerter Ereignisse voraus. Die belarusischen Präsidentschaftswahlen 2020 hatten bekanntlich zu einer heftigen politischen Krise geführt. Zehntausende Bürger:innen der Republik Belarus nutzten zur Emigration das Territorium der Ukraine (die Visafreiheit hatte ihnen die Möglichkeit gegeben, schneller hierhin auszuwandern als etwa nach Lettland, Litauen oder Polen). Offiziell (durch einen Entschluss der Werchowna Rada, des Parlaments) hat die Ukraine das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen anerkannt. Sie hat sich aber nach dem »Fall Pratasewitsch« auch den Sanktionen der EU angeschlossen (am 23. Mai war ein Flugzeug der Gesellschaft »Ryanair« auf dem Flug von Athen nach Vilnius gewaltsam zur Landung in Minsk gezwungen und der an Bord befindliche Redakteur des Telegram-Kanals »Nexta« samt seiner [russischen] Partnerin Sofija Sapega von belarusischen Sicherheitskräften festgenommen wurde). Das bedeutete jedoch kein Hindernis für die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Belarus und der Ukraine. Hier belief sich die Handelsbilanz auf für Minsk positive 2,9 Milliarden US-Dollar im Jahr 2021.

Die Rhetorik Lukaschankas vor dem russischen Einmarsch in die Ukraine lässt einen annehmen, dass er in groben Zügen von Putins Plänen wusste. Der selbsternannte Präsident von Belarus hat bekanntermaßen die gemeinsamen Manöver unter dem Titel »Gemeinsame Entschlossenheit« angeregt, die zu dem russischen Einmarsch in die Ukraine mutierte. Lukaschanka zeigte sich von einem schnellen Sieg Russlands überzeugt.

Nach dem 24. Februar 2022 fungierte Aljaksandr Lukaschenka als jemand, der die Botschaften der rus-

sischen Propaganda weiterverbreitet, wobei er oft das Narrativ des Kreml von den »Brudervölkern« aufgriff. Hier kommt Lukaschenkas Abneigung gegenüber den Revolutionen auf dem Maidan zum Tragen, die in der jüngsten politischen Geschichte der Ukraine eine bedeutende Wegscheide darstellen. Belarus verwandelte sich in eine rückwärtige Basis und in ein Feldspital für die russischen Streitkräfte. Proteste gegen den Krieg wurden auf belarusischem Territorium sehr hart unterbunden.

Die belarusische Regierung hat im März 2022 die gesamte Botschaft des Landes aus der Ukraine abgezogen. Die bilateralen Kontakte auf offizieller Ebene wurden praktisch eingefroren. Allerdings wurden die diplomatischen Beziehungen derweil nicht abgebrochen und das Handelsvolumen zwischen Belarus und der Ukraine belief sich selbst 2022 noch auf rund 1,9 Milliarden US-Dollar, wobei wie schon 2021 die belarusischen Exporte die Importe nach Belarus überwogen.

Besondere Aufmerksamkeit verdient Lukaschenkas Einwilligung in die Stationierung russischer Atomwaffen auf dem Territorium von Belarus. Dieser Schritt soll – den Worten des russischen Präsidenten Wladimir Putin zufolge – bis zum 1. Juli 2023 vollzogen werden. Lukaschenka hat zwar öffentlich von einer doppelten Kontrolle über die Atomsprengköpfe und von seiner Bereitschaft zur Stationierung strategischer Atomwaffen auf belarusischen Gebiet gesprochen, doch stellt sich die Lage aus einer Reihe anderer Gründe recht dramatisch dar:

- Durch den Plan, einen Teil des russischen Atomwaffenarsenals in Belarus zu stationieren, hat Putin die Schaffung eines de facto bestehenden Unionsstaates von Russland und Belarus erreicht, wobei er Belarus seinen militärischen und politischen Interessen unterwirft. Im Grunde würde Belarus den militärischen Interessen unterworfen, da die Stationierung

von Massenvernichtungswaffen auf belarusischem Territorium ein beispielloser Vorgang ist.

- Millionen belarusischer Bürger:innen sind praktisch zu Geiseln der Ambitionen des selbsternannten Präsidenten ihres Landes geworden. Schließlich könnte das Territorium ihres Landes nach einer Stationierung von Atomwaffen zum Ziel eines möglichen Antwort- oder Präventivschlages von Seiten der NATO werden.
  - Der Kreml könnte die Ambitionen Lukaschankas ausnutzen, um das eigene Bestreben zu verschleiern, Europa atomar zu erpressen.
  - Russische Atomwaffen auf belarusischem Territorium stellen einen Faktor dar, der eher für Lettland, Litauen und Polen eine Gefahr bedeutet als für die Ukraine, da im südlichen Nachbarland über 90 Prozent der Bevölkerung daran glauben, dass ihre Streitkräfte eine russische Aggression abwehren können. Ein möglicher Einsatz von Atomwaffen dürfte an dieser Einstellung kaum etwas Wesentliches ändern.
- Lukaschenka hat es vorgezogen, in den Beziehungen zu Russland bzw. der Ukraine auf eine Politik der gleichen Entfernung zu verzichten, indem er sich zu einem der wenigen öffentlich bekennenden Verbündeten des Kreml machte. Die belarusischen Delegationen unterstützen in der UNO und in anderen internationalen Organisationen die russische Position. Im Gegenzug erhielt Belarus 2022 eine offensichtliche wirtschaftliche Vorzugsbehandlung durch Russland, auch wenn es genötigt war, dem Kreml Munitionsvorräte zu überlassen.

Nach einem längeren Balancieren zwischen Kyjiw und Moskau empfing Lukaschenka am 18. April 2023 in Minsk das Oberhaupt der sogenannten Volksrepublik Donezk, Denis Puschilin, eine Gestalt, deren Funktion als Marionette außer Zweifel steht. Das nahm die Ukraine zum Anlass, ihren Botschafter Ihor Kisim aus Belarus zurückzurufen. Er wird aller Wahrscheinlichkeit nach nicht nach Minsk zurückkehren. Andererseits sind die diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern nicht abgebrochen worden. Es war übrigens Belarus, wo in den ersten Wochen nach dem Beginn der großangelegten Invasion die drei Verhandlungsrunden zwischen Vertreter:innen Russlands und der Ukraine stattfanden. Und Lukaschenka hatte seine Bereitschaft erklärt, bei einer Friedensregelung als Vermittler zu fungieren. Er war bestrebt, die Verhandlungen für seine Interessen zu nutzen, allerdings ohne Erfolg.

Die Gründe für die Aufrechterhaltung der diplomatischen Beziehungen zwischen Belarus und der Ukraine nach dem Eingeständnis Lukaschenkas, an dem Angriffskrieg gegen die Ukraine mit beteiligt zu sein, sind nicht offen ersichtlich. Somit lohnt sich hier eine eingehendere Betrachtung:

- Über das Territorium von Belarus erfolgt der Gefangenaustausch zwischen Russland und der Ukraine;
- Die belarusische Regierung schafft für Ukrainer:innen, die wegen der Kriegshandlungen das Land verließen und über Belarus in ihre Heimat zurückkehren wollen, keine Hindernisse;
- Für die Ukraine ist es heute wohl kaum von politischem Nutzen, Russland und Belarus auf eine Stufe zu stellen. Daher dürfte sich am Status quo der diplomatischen Beziehungen in nächster Zeit nichts ändern.

Zu erwähnen ist auch der Tod des belarusischen Außenministers Uladsimir Makej im November 2022. Makej wird als Architekt des Kurses bezeichnet, der Belarus das Image einer »osteuropäischen Schweiz« verschaffen soll. Nach den Protesten von 2020 hatte er allerdings den außenpolitischen Kurs des Landes, dem Willen Lukaschenkas folgend, drastisch in Richtung »antiwestlich« geändert. Makejs plötzlicher Tod hat zwar eine ganze Reihe Vermutungen hervorgerufen, doch nach einem halben Jahr lässt sich schwerlich behaupten, dass sein Nachfolger Sjarhej Alejnik den außenpolitischen Kurs seines Vorgängers nicht wesentlich geändert hat. Auch ist daran zu erinnern, dass das belarusische Außenministerium sich Lukaschenka total unterordnet.

### Die belarusischen demokratischen Kräfte und der Widerstand gegen den Krieg

Am 25. März 2022 wurde in der Nähe von Kyjiw die Schaffung des Kastus-Kalinowski-Bataillons verkündet, das nach einigen Monaten zu einem Regiment heranwuchs. Als seine Begründer traten Menschen auf, die sich an Kampfhandlungen in der Ukraine beteiligten und nach 2014 Angehörige der taktischen Gruppe »Belarus« gekämpft hatten. Das Regiment zählt einige Hundert Kämpfer und ist eines der medienwirksamsten der ukrainischen Streit- und Verteidigungskräfte. Im August 2022 wurde aus dem Regiment das Bataillon »Terror« ausgegliedert, das sich einige Monate später zum »Belarusischen Freiwilligenkorps« wandelte. Beide Einheiten unterstehen der Hauptverwaltung Aufklärung des ukrainischen Verteidigungsministeriums. Darüber hinaus dienen belarusische Freiwillige im Regiment »Pahonja« und in der Internationalen Legion der ukrainischen Streitkräfte. Auch sind hier die »Gleispartisanen« in Belarus zu erwähnen. Das sind einige Dutzend Menschen, die ihre Gesundheit und Freiheit aufs Spiel setzten, weil sie versuchten, die Verlegung russischer Truppen über das Territorium von Belarus zu erschweren. Über deren Aktivitäten ist in der Ukraine leider zu wenig bekannt.

Was die belarusischen demokratischen Kräfte angeht, so waren diese genötigt, nach der russischen Invasion ihre Taktik und ihre Strategie in Bezug auf die

Ukraine zu ändern. So verurteilte Swjatlana Zichanouskaja bereits am 24. Februar 2022 den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Seit dem Beginn der großangelegten russischen Invasion ziehen es Zichanouskaja und ihre Berater:innen vor, Solidarität mit der Ukraine zu zeigen, und suchen nicht Verständnis beim Kreml. Sie sind merklich verärgert, dass die diplomatischen Beziehungen zwischen der Ukraine und Belarus aufrechterhalten werden. Und Lukaschenka wird von seinen Gegnern als Mittäter bei dem Angriffskrieg gegen die Ukraine bezeichnet. Swjatlana Zichanouskaja verknüpft jetzt einen Sieg der Ukraine mit einem Machtwechsel in Belarus, und diese Hoffnung hat einen rationalen Kern.

Im Mai 2022 eröffnete das Büro von Swjatlana Zichanouskaja eine Vertretung in Kyjiw, dessen Arbeit von Waleryj Kawaleuskij geleitet werden sollte. Aus Gründen allerdings, die er nicht beeinflussen konnte (der Politiker hatte Probleme, Zutritt zur Ukraine zu bekommen), gelang es ihm nicht, dass die Vertretung ihre Arbeit aufnahm. Offensichtlich fehlte auf ukrainischer Seite auch der politische Wille, den Dialog mit Vertreter:innen der belarusischen Opposition zu intensivieren. Das wird unter anderem dadurch belegt, dass keine öffentliche Reaktion Kyjiws auf die heftigen Attacken erfolgte, die Lukaschenka gegen Wolodymyr Selenskyj persönlich formulierte.

Im August 2022 verkündete Swjatlana Zichanouskaja auf der Konferenz »Neues Belarus« in Vilnius die Bildung eines »Vereinigten Übergangskabinetts«. Besondere Aufmerksamkeit verdient hier der für Verteidigungs- und Sicherheitsfragen zuständige Repräsentant des Übergangskabinetts, Waleryj Sachaschtschyk. Seine Ernennung war das Ergebnis der Informationsarbeit des ehemaligen Restaurateurs Wadsim Prakopjeu. Sachaschtschyk ist ein ehemaliger Kommandeur der 38. gesonderten Brester Landungs- und Sturmbrigade, der nach der Entlassung aus der Armee zu einem recht erfolgreichen Geschäftsmann wurde. Er hatte sich an den Protesten vom August 2020 beteiligt. Gleichzeitig hat Sachaschtschyk große Schwierigkeiten, einen Dialog mit Vertreter:innen des Kastus-Kalinouski-Regiment aufzubauen. Die Gründe sind wohl darin zu suchen, dass ihm echte Kampferfahrung fehlt, was sich mit dem Umstand beißt, dass die Angehörigen des Regiments ständig in Kampfhandlungen involviert sind. Dadurch konkurrieren Zichanouskajas Team und die »Kalinowzy« des Regiments um Einfluss auf Belaruss:innen, vor allem auf jene, die sich im Ausland befinden. Wenn auch die ersteren Politiker:innen sind, und zweitens zu den ukrainischen Streitkräften gehören.

Darüber hinaus sind einige andere Ereignisse zu erwähnen, die mit dem Vorgehen belarusischer demokratischer Kräfte in Bezug auf die Ukraine verbunden

sind. Diese Aktivitäten fanden vor dem Hintergrund der Kampfhandlungen im russisch-ukrainischen Kriege statt, dem derzeit wichtigsten Ereignis in Europa. Im Januar und Februar 2023 war Senon Posnjak in der Ukraine. Posnjak kann als Patriarch der belarusischen politischen Szene bezeichnet werden. Dieser Konservative war als Vertreter der Bewegung »Wolnyje Belarusy« (dt.: »Freie Belaruss:innen«) in Kyjiw und Lwiw, wo er ukrainischen Medien Interviews gab und sich mit belarusischen Emigrant:innen traf. Darüber hinaus reiste er nach Bachmut, wo er Stellungen des Kalinowski-Regiments besuchte. Durch diese Visite hat Posnjak die Latte für Besuche belarusischer Oppositioneller in der Ukraine auf eine ungewöhnliche Höhe angehoben. Er hat das Kampfgebiet besucht und sich mit kämpfenden Landsleuten getroffen. Das steht im Kontrast zu der bislang ausbleibenden Visite Zichanouskaja in die Ukraine. Sie hat schlichtweg noch keine Einladung zu einem Treffen mit Wolodymyr Selenskyj erhalten.

Bemerkenswert war auch der Schwenk von Smizer Schtschigelski, eines Vertreters der Bewegung »Suprazu« (dt.: »Gegenstand«). Noch im Oktober 2022 wurde er als wahrscheinlicher Kandidat für die Rolle als Vertreter des Büros von Swjatlana Zichanouskaja in Kyjiw gesehen. Und bereits im Dezember des gleichen Jahres wurde er zum politischen Repräsentanten des Kastus-Kalinowski-Regiments. Der Versuch, das Regiment in ein politisches Subjekt zu verwandeln, war mehrere Male erfolgt, doch macht es die politische Heterogenität dieser Einheit unmöglich, Erfolge im politischen Bereich zu erzielen. Gleichwohl ist offensichtlich, dass bei der militärischen Einheit Algorithmen der Transformation zu einer gesellschaftlichen und politischen Bewegung genutzt werden, die auch dem ukrainischen »Asow«-Regiment eigen sind. Mit diesem hatten seinerzeit viele Begründer des Kalinowski-Regiments in Verbindung gestanden. Senon Posnjak und Vertreter des Kalinowski-Regiments kündigten die Schaffung eines Sicherheitsrates zur Lösung militärisch-politischer Probleme an. Allerdings kam es bislang nicht zu mehr als dieser Deklaration.

Ende Februar 2023 wurde von belarusischem Territorium aus ein russisches AWACS-Flugzeug vom Typ A-50 attackiert, das auf dem Luftwaffenstützpunkt Matschulischtschi angesiedelt war. Mit Hilfe einiger Drohnen wurde an dem fliegenden Radarsystem der russischen Weltraum- und Luftstreitkräfte erheblicher Schaden verursacht, was Russland dazu nötigte, das Flugzeug heim in die Reparatur zu schicken. Die Verantwortung für den Angriff übernahm die Organisation ByPOL, deren Leiter Aljaksandr Asarau erklärte, die Ausführenden dieses dreisten Schlags seien aus Belarus herausgebracht worden. Anfang März 2023 verkündete Lukaschenka, dass »mehr als dreißig dieser Mist-

kerle hinter Schloss und Riegel sind«. Der Schlag gegen die A-50 war auch ein Schlag gegen die Selbstverliebtheit Lukaschenkas.

Der russisch-ukrainische Krieg hat auch zur Schaffung von Einheiten belarusischer Landwehren (belar.: »chorugw«, Plural: »chorugwi«) auf polnischem Gebiet und einer aktiven Unterstützung durch belarusische Freiwillige geführt, die in den Reihen der ukrainischen Streit- und Verteidigungskräfte kämpfen. Allerdings kann hier kaum von einer Homogenität der belarusischen demokratischen Kräfte gesprochen werden.

### Die ukrainische Regierung und die belarusischen demokratischen Kräfte

Der erste Händedruck zwischen Wolodymyr Selenskyj und Swjatlana Zichanouskaja, erfolgte am 14. Mai 2023 während der Verleihung des Karlspreises an den ukrainischen Präsidenten. Preisträgerin des Karlspreises 2022 war Swjatlana Zichanouskaja, was vor allem bei den belarusischen demokratischen Kräften zu emotionalen Reaktionen führte. Das hängt damit zusammen, dass die Beziehungen der ukrainischen Regierung zur belarusischen Opposition nicht ungetrübt sind, was durch Folgendes belegt wird:

- Die belarusischen demokratischen Kräfte kritisieren die Ukraine für den fortgesetzten Handel des Landes mit dem Regime Lukaschenka 2021, der seinerseits die Unentschlossenheit der offiziellen Kreise in Kyjiw deutlich machte;
  - Bürger:innen von Belarus, die sich in der Ukraine aufhalten, haben Probleme damit, ihren Aufenthaltstitel zu verlängern, eine Niederlassungserlaubnis zu erlangen oder wegen einer Sperrung einer Sperrung ihrer Bankkarten;
  - Das ukrainische Ministerkabinett hat eine Bestimmung verabschiedet, durch die Kompensationen für Angehöriger von gestorbenen Verteidiger:innen der Ukraine sich nicht auf Russ:innen und Belarus:innen erstrecken;
  - Angehörige von belarusischen Einheiten der ukrainischen Streit- und Verteidigungskräfte sehen sich diskriminierenden Bestimmungen ausgesetzt, die vorsehen, dass sie das Land nach Auslaufen des Vertrags verlassen müssen;
  - Im medialen Raum gibt es außerordentlich wenig Informationen über die Arbeit der belarusischen demokratischen Kräfte, und über deren Genesis und spezifischen Bedingungen der Zusammenarbeit.
- Die politische Führung der Ukraine nimmt die belarusischen demokratischen Kräfte nur mit Vorbehalten wahr. Es gibt mehrere Gründe für diese Voreingenommenheit: Vom Bestreben einiger ukrainischer Politiker, nach einer Beendigung des russisch-ukrainischen Krieges mit Lukaschenka ein »Business as usual« fortzuführen

ren bis hin zu einem rundum fehlenden Verständnis für die derzeitigen politischen Realien in Belarus. Für eine Beibehaltung der Beziehungen zu Lukaschenka setzen sich Personen aus dem Umfeld von Selenskyj ein, die daraus Nutzen zogen.

Nach dem Zerfall der Sowjetunion hatte es die ukrainische politische Führung vorgezogen, sich an Moskau zu orientieren (zumindest bis 2013/14), wie auch an Washington und Brüssel, allerdings ohne wirksame Beziehungen zu den Nachbarn aufzubauen. Das betrifft nicht nur die belarusisch-ukrainischen Beziehungen, sondern auch die Kontakte in Osteuropa insgesamt. Belarus bleibt nach wie vor für die Ukraine ein unbekannter Nachbar. Und die Bürger:innen der Ukraine laufen des Öfteren in die Falle, weil sie annehmen, dass die Ähnlichkeit der Sprachen der Nachbarländer und der Traditionen der Völker ein gegenseitiges Verständnis garantieren. Doch das autoritäre Herrschaftsmodell, das Lukaschenka in Belarus errichtet hat, unterscheidet sich grundlegend von der transformatorischen Demokratie der ukrainischen Spielart.

Als Wegscheide in den Beziehungen zwischen Belarus und der Ukraine wäre der Sommer 1994 zu nennen. Damals waren Leonid Kutschma und Aljaksandr Lukaschenka in Neuwahlen zu Präsidenten ihrer Länder gewählt worden. Beide wurden gewählt, weil sie mit Parolen eines Kampfes gegen die Korruption und für die Wiederherstellung der Beziehungen zu Russland in ihren Wahlprogrammen ins Feld zogen. Der ukrainische Präsident Kutschma hat es geschafft, zwei Amtszeiten an der Macht zu bleiben, die Orange Revolution zu durchleben, in Rente zu verweilen und in Minsk Mitglied der trilateralen Kontaktgruppe zu werden. All diese Zeit stand Aljaksandr Lukaschenka an der Spitze von Belarus, wenn auch mit unterschiedlich ausgeprägter Legitimität.

Was die nichtstaatlichen Strukturen anbelangt, so wurden Ende 2022 Versuche unternommen, den Dialog zwischen Vertreter:innen der belarusischen und der ukrainischen Zivilgesellschaft aktiver zu gestalten. In der ersten Dezemberhälfte gab es gleich zwei gemeinsame Veranstaltungen, die für nicht wenig Aufsehen sorgten. Das war zum einen das Fürst-Ostrowskij-Forum in Lwiw, bei dem es einen Meinungsaustausch nicht nur zwischen Expert:innen, sondern auch zwischen Politiker:innen gab, nämlich zwischen Angehörigen der interfraktionellen Vereinigung ukrainischer Parlamentarier:innen »Für ein demokratisches Belarus« und Vertreter:innen des vereinigten Übergangskabinetts. In der rumänischen Stadt Sinaia fand das Foresight-Treffen »Belarus 2030« statt, das von der ukrainischen NGO »Zentrum zur Bekämpfung der russischen Propaganda« organisiert wurde. Daran nahmen Vertreter:innen praktisch aller politischer Gruppen der belarusischen demokratischen Kräfte teil.

rusischen demokratischen Kräfte teil. Im Kern war sie für Annahmen darüber hilfreich, wie sich die Prozesse in Belarus in dem Fall entwickeln, dass Lukaschenka von der Macht abtritt.

Insgesamt sind die Gesellschaften in Belarus und der Ukraine dadurch miteinander verbunden, dass sie jetzt den Prozess zum Aufbau einer Nation durchlaufen (dies allerdings jeweils eigene Weise). Bedauerlicherweise als letzte in Osteuropa. Doch dieser Prozess ist unter anderem entscheidend für eine Demontage des sowjetischen Erbes und die Reduzierung des Einflusses Russlands im postsowjetischen Raum. Wichtig ist die Modellierung der Beziehungen zwischen der belarusischen und der ukrainischen Gesellschaft als Bestandteile eines gesamt-europäischen politischen Prozesses.

### Schlussfolgerungen und Empfehlungen

- Die bilateralen Beziehungen zwischen Belarus und der Ukraine im heutigen Format eines erzwungenen Dreiecks werden von der Aussicht auf einen möglichen Machtwechsel in Minsk abhängen. Falls nach einem Ende der Herrschaft Lukaschankas ein:e pro-russische:r Politiker:in an die Macht gelangt, ist es recht wahrscheinlich, dass dadurch das Paradigma der Beziehungen zwischen Belarus und der Ukraine unverändert erhalten bleibt;
- Die Gefahr einer unmittelbaren Beteiligung der belarusischen Armee an der Invasion in die Ukraine besteht weiterhin, während ein Widerstand gegen ein solches Szenario zu einem verbindenden Element für Vertreter:innen der belarusischen demokratischen Kräfte und der ukrainischen Regierung werden könnte;
- Tatsächliche politische Veränderungen in Belarus sind nur nach einer Niederlage des Kreml im russisch-ukrainischen Krieg möglich. Diese Voraussetzung erscheint auch für Veränderungen im Format der belarusisch-ukrainischen Beziehungen unumgänglich;
- Eine demokratische Transformation von Belarus und der Ukraine ist eine Garantie für Stabilität in Mitteleuropa und eine Neutralisierung des aggressiven russischen Vorgehens.

### Daher sollte die politische Führung der Ukraine:

- Zwei grundsätzliche Prinzipien beherzigen: »Ohne ein demokratisches Belarus wird es keine Sicherheit für Europa geben« und »Ohne eine unabhängige Ukraine wird auch keine Existenz eines unabhängigen Belarus möglich sein«;
- Ihre Politik in Bezug auf die belarusischen demokratischen Kräfte dynamischer und proaktiver gestalten und dabei die Zusammenarbeit nicht mehr nur in einem rein militärischen Rahmen fortführen, sondern beispielsweise als Initiatorin eines Forums für einen belarusisch-ukrainischen Dialog auftreten, zu dem das gesamte Spektrum der Gegner Lukaschankas eingeladen werden sollten;
- Dem Regime von Lukaschenka signalisieren, dass eine Fortführung der alten Geschäftskonstellationen in Zukunft nicht möglich sein wird;
- Das Format »Lubliner Dreieck Plus« nutzen (das im Juli 2020 von Litauen, Polen und der Ukraine für eine Zusammenarbeit in der Region und zur Bewältigung der sicherheitspolitischen Herausforderungen geschaffen wurde), wodurch eine Beteiligung der belarusischen demokratischen Kräfte effektiver werden könnte.

*Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder*

### Über den Autor

*Yevhen Mahda* ist promovierter Politikwissenschaftler und Experte für Fragen hybrider Politik. Er ist Direktor des »Institute of World Policy« und Experte des »International Strategic Action Network for Security« (iSANS). Er tritt öffentlich für einen Dialog der Gesellschaften von Belarus und der Ukraine ein.

## Die »Integration« von Belarus und Russland: die Roadmaps des Unionsstaates

Roza Turarbekava (Historikerin aus Belarus)

DOI: 10.31205/BA.066.02

### Zusammenfassung

Der Beitrag betrachtet die Evolution des Projektes Unionsstaat von Belarus und Russland und dessen gegenwärtigen Zustand. Im Zentrum steht die Verabschiedung und Umsetzung einer neuen Etappe von »Integrations«-Maßnahmen (2021–2023), nämlich von sogenannten Roadmaps zur Angleichung der Volkswirtschaften von Belarus und Russland. Eine Analyse ergibt, dass eine Reihe von Roadmaps eine Gefahr für die Souveränität darstellen. Betrachtet werden auch die Frage des Integrationstempos und das komplexe Spiel Moskaus, mit dem eine Vereinheitlichung der Steuer- und Zollgesetzgebung erreicht werden soll. Ebenso soll aus Moskauer Sicht der Moment näher rücken, in dem Belarus im russischen politischen Raum aufgeht.

### Der Unionsstaat: Die Evolution des Projektes

Die Geschichte des Unionsstaates beginnt am 8. Dezember 1999, als der »Vertrag über die Gründung eines Unionsstaates« unterzeichnet wurde. Auf politischer Ebene wurde dieses Datum nicht zufällig gewählt, da am 8. Dezember 1991 die sogenannten Belowescher Abkommen unterzeichnet wurden (»Abkommen über die Gründung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten«), die die Auflösung des Gründungsvertrags der UdSSR bestätigten. Diese Abkommen waren seinerzeit wohl in erster Linie ein Versuch gewesen, die Bedeutung des Zerfalls der UdSSR herunterzuspielen. Alles in allem war das das Projekt eines Unionsstaates eher eine Initiative von Aljaksandr Lukaschenka, dem jungen Präsidenten von Belarus, der für eine Reintegration einer UdSSR eintrat (in welcher Form auch immer). Der russische Präsident Boris Jelzin hingegen hinterließ ein recht widersprüchliches Erbe: Einerseits war er einer der wichtigsten Initiatoren des Auseinanderbrechens der UdSSR. Andererseits war er es, der den Vertrag zur Gründung des Unionsstaates unterschrieb.

Von Historikern wie Aljaksandr Zichamirau wird hervorgehoben, dass sich der Gründungsprozess des Unionsstaates nach dem Machtwechsel in Russland 2000 und im weiteren Verlauf komplizierter gestaltete, was die Umsetzung der Bestimmungen des Vertrages anbelangte. Wladimir Putin trat für einen Beitritt von Belarus zur Russischen Föderation und wirtschaftlichen Pragmatismus ein. Lukaschenka bestand auf gleichen Bedingungen für Wirtschaftssubjekte, was in Wirklichkeit eine Bereitstellung von Öl und Gas zu Vorzugspreisen bedeutete. Diese unterschiedlich ausgerichteten Interessen entwickelten sich in den folgenden Jahrzehnten zu Stolpersteinen in den Auseinandersetzungen zwischen Lukaschenka und der russischen Führung.

Regelmäßig brannten Streitigkeiten um Öl- und Gaspreise auf, weil Verträge ausgelaufen waren und Verhandlungen über neue Vereinbarungen anstanden. Lukaschenka nannte als wichtigstes Argument seine Loyalität auf der militärischen und politischen Ebene. Er setzte in seiner Rhetorik den Akzent auf die eigene »antiwestliche Haltung«. Bestimmte politische Gruppierungen in Russland sympathisierten mit Lukaschenka. Insbesondere entstanden partnerschaftliche Beziehungen zur Führung der Kommunistischen Partei (KPRF). Das stellte in einem gewissen Sinne ein Lobbysystem zur Verfechtung belarusischer Interessen innerhalb der russischen politischen Welt dar. Außer an die KPRF und die »roten Direktoren« der Staatsunternehmen wandte sich Lukaschenka intensiv und direkt an die russische Gesellschaft, und zwar über regionale russische Medien, die er regelmäßig zu seiner jährlichen Pressekonferenz nach Belarus einlud. Allerdings änderten sich die politischen Bedingungen mit der Zeit.

Aufgrund des Kriegsbeginns im Donbas 2014, der Annexion der Krim 2014, der Sanktionen gegen Russland (2014–2015) und des von Lukaschenka begonnenen Dialogs mit der EU (2015) änderte sich für Russland die Bedeutung von Belarus. Russlands Hoffnung, die Ukraine in die »Einflussosphäre« seiner Interessen ziehen zu können, wurde erheblich geschwächt. Falls die Politik eines Dialogs zwischen der EU und Lukaschenka erfolgreich würde, hätte auch Moskaus Einfluss auf Minsk zurückgehen können.

### Upgrade des Unionsstaates

Die jüngste Entwicklung der belarusisch-russischen Integration nimmt mit der Erklärung des russischen Ministerpräsidenten Dmitrij Medwedew vom 13. Dezember 2018 ihren Anfang. Sie betraf die Schaffung jener überstaatlichen Strukturen, die gemäß dem Vertrag von 1999 gegrün-

det werden sollten. Das bedeutete praktisch, dass der Kreml seine Absicht aktualisierte, überstaatliche Organe zu schaffen, also ein Parlament, Ausschüsse und eine gemeinsame Notenbank. In Folge dieser Erklärung wurde eine gemeinsame Arbeitsgruppe eingerichtet, die ein Dokument mit dem Titel »Tätigkeitsprogramm der Republik Belarus und der Russischen Föderation zur Umsetzung der Bestimmungen des Gründungsvertrags des Unionsstaates« ausarbeiten sollte. Das Dokument sollte am 8. Dezember 2019 unterzeichnet werden (ebenfalls in symbolischer Synchronisierung am Datum der Belowescher Abkommen).

Im Laufe der Arbeit an diesem Programm ergaben sich Differenzen hinsichtlich der inhaltlichen Ausgestaltung der Integration. Die russische Seite ging davon aus, dass die Integration politischer Natur und mit der Schaffung von einheitlichen Verwaltungsorganen verbunden sein sollte. Die belarusische Seite war mit einem solchen Ansatz jedoch nicht einverstanden. Daher konnte das Programm nicht zum geplanten Datum fertiggestellt werden. Der Inhalt des Programms war nicht öffentlich, daher sind die Details des Verhandlungsprozesses nur äußerst schwer nachzuvollziehen. Im Laufe des Jahres 2019 wurde lediglich eine Reihe von Roadmaps erörtert. Diese Bezeichnung wurde für die Unionsprogramme zu den verschiedenen Bereichen verwendet, die das Integrationsprogramm umfassen sollte. Selbst die Liste dieser Roadmaps war dem breiteren Publikum nicht sonderlich bekannt. Geht man von den offiziellen Erklärungen aus, ergibt sich, dass es sich um insgesamt 31 handelte.

Dmitrij Medwedew erklärte am 23. Dezember 2019, dass es für Belarus erst dann zusätzliche wirtschaftliche Unterstützung geben werde, wenn die Roadmaps umgesetzt sind. Als Reaktion hierauf lehnte Aljaksandr Lukaschenka jede Diskussion hinsichtlich einer Schaffung von supranationalen Organen zum Schaden der nationalen Souveränität ab.

Lukaschenka formulierte ein Paket nationaler wirtschaftlicher Interessen, das er mehrfach bekanntgab: Reduzierung der Gaspreise auf das Niveau, das im russischen Smolensk besteht; Öffnung der russischen Märkte für Waren aus Belarus; und Kompensation für das russische »Steuermanöver«. Aus Sicht der russischen Verhandlungsführer:innen sind drei Fragenblöcke am schwierigsten: die zum Öl, zum Gas und zu den Steuern. In der Folge kam es bei den Verhandlungen zu einer Pause, die von Dezember 2019 bis September 2020 dauerte.

Wegen der politischen Krise in Belarus (durch die Massenproteste im Herbst 2020 und dem Problem der Anerkennung Lukaschenkas als Präsident des Landes) war für Minsk die Bewegungsfreiheit bei den Verhandlungen mit dem Kreml nun stärker eingengt. Wladimir Putin hatte Lukaschenka politisch und finanziell beträchtliche Unterstützung gewährt. Eines der Ziele dieser Unterstützung war eine weitere Umsetzung der Stra-

tegie zu einer Erneuerung der Unionsstaates. Diese Rechnung ging auf und bereits im September 2020 wurden die Verhandlungen über die Roadmaps wieder aufgenommen.

Am 23. April 2021 wurden die ersten Verhandlungsergebnisse bekanntgegeben. Die Regierungschefs von Russland und Belarus unterzeichneten die Entwürfe von 26 der 28 Roadmaps. Auf zwei der Roadmaps, nämlich die zur Vereinheitlichung der Steuer- und der Zollgesetzgebung hatte man sich noch nicht einigen können. Am 10. September 2021 wurde im Rahmen einer gemeinsamen Erklärung der beiden Regierungschefs auf dem Informationsportal der russischen Regierung kurz der Inhalt der 28 Roadmaps veröffentlicht.

### **Die Roadmaps des Unionsstaates: Besteht eine Gefahr für die Souveränität?**

Am 4. November 2021 fand die Unterzeichnung des Dekrets Nr. 6 des Obersten Staatsrates des Unionsstaates »Über die wichtigsten Richtungen der Umsetzung der Bestimmungen des Vertrags über die Gründung eines Unionsstaates für die Jahre 2021 bis 2023«. Darin werden die wichtigsten Richtungen der aktuellen belarusisch-russischen Integration festgelegt, in deren Rahmen die Unionsprogramme aufgeführt werden, die in der Öffentlichkeit als Roadmaps bekannt sind. Insgesamt wurden sieben Richtungen unterschieden:

1. Verfolgung einer einheitlichen makroökonomischen Strukturpolitik und Schaffung eines gemeinsamen Finanzmarktes.
2. Schaffung eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes und Gewährleistung gleicher Bedingungen für unternehmerische Betätigung.
3. Harmonisierung der Steuer- und Zollgesetzgebung. Durchführung einer einheitlichen Steuerpolitik wie auch einer einheitlichen Handels-, Zoll- und Tarifpolitik in Bezug auf Drittländer, Internationale Organisationen und Zusammenschlüsse.
4. Erstellung und Umsetzung eines Haushalts des Unionsstaates.
5. Durchführung einer abgestimmten Politik in den Bereichen Arbeitsschutz, soziale Sicherung der Bevölkerung und Rentenversorgung.
6. Vereinheitlichung der Zivilgesetzgebung und Festlegung der Grundlagen für die Schaffung von Eigentum des Unionsstaates.
7. Sicherstellung, dass die Bestimmungen des Vertrags über die Gründung eines Unionsstaates vom 8.12.1999 und Stärkung der russisch-belarusischen Zusammenarbeit umgesetzt werden.

Das Dekret enthält eine detaillierte Beschreibung der 28 Unionsprogramme (Roadmaps). Das Dokument geht von einer Umsetzung bis zum 31. Dezember 2023 aus. Einige Richtungen, insbesondere die zur Steuer- und Zollgesetzgebung, weisen einen genaueren Zeitplan auf.

In den Roadmaps werden die Etappen der Umsetzung genannt, die verantwortlichen Seiten, die nationalen normativen Gesetzesakte, die bearbeitet werden sollen (Änderung, Verabschiedung oder Funktion als Grundlage). Nicht alle Roadmaps enthalten diese Merkmale. Es ist geplant, dass sie in der nächsten Phase von 2024 bis 2026 nachgebessert werden.

Von den am stärksten diskutierten Roadmaps lassen sich mit Blick auf eine mögliche Gefahr für einen Souveränitätsverlust für Belarus folgende hervorheben: Das Unionsprogramm zur Annäherung der makroökonomischen Politiken der beiden Staaten; das Unionsprogramm zur Harmonisierung der Steuer- und Zollgesetzgebung von Russland und Belarus und für die Zusammenarbeit im Zollbereich; und das Unionsprogramm zum Aufbau gemeinsamer Märkte für Öl und Ölprodukte.

#### *Unionsprogramm zur Angleichung der makroökonomischen Politiken*

Das Programm besteht aus vier Abschnitten: Synchronisierung des strategischen Managements; institutionelle Absicherung zur Unterstützung und Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen; Harmonisierung und Synchronisierung der Ansätze zur Zusammensetzung offizieller statistischer Informationen; und Harmonisierung der Verfahrenssysteme für Insolvenzen und Bankrotte in Russland und Belarus. Die stärksten Befürchtungen werden von der Frage der Synchronisierung des strategischen Managements hervorgerufen. Im Rahmen der Implementierung des Unionsprogramms zur Angleichung der makroökonomischen Politiken der beiden Länder ist ein »Abkommen zwischen der Regierung der Russischen Föderation und der Regierung der Republik Belarus über das Verfahren zur Ausarbeitung von Prognosen zur sozioökonomischen Entwicklung des Unionsstaates und zur informationellen Zusammenarbeit bei wirtschaftlichen Fragen« ratifiziert worden und in Kraft getreten, das im Zusammenhang mit dem strategischen Management steht. Gemeint ist hier die Schaffung eines Planungssystems auf Unionsstaatsebene sowie die Entwicklung gemeinsamer Entwicklungsindikatoren zur Projektierung in den Bereichen Finanzen und Produktion. Insgesamt erinnert das an eine Wiederauferstehung der Planungsbehörde »Gosplan« aus sowjetischer Zeit.

#### *Unionsprogramm zur Harmonisierung der Steuer- und Zollgesetzgebung von Russland und Belarus und für die Zusammenarbeit im Zollbereich*

Das ist das umstrittenste und sensibelste Programm, wenn es um die Frage der nationalen Souveränität geht. Hier werden folgende Hauptphasen festgelegt: Nachverfolgung der Geschäftsprozesse bei der Verarbeitung der Mehrwertsteuer und der Akzisen sowie Ausarbeitung eines integrierten Systems zur Administrierung mittelbarer Steu-

ern (russ. Abk.: ISA KNN); Ausarbeitung eines Zwischenstaatlichen Vertrags zwischen Russland und Belarus über allgemeine Prinzipien der Besteuerung durch indirekte Steuern (betreffend die Mehrwertsteuer und die Akzisen).

Im Rahmen dieses Unionsprogramms ist eine ganze Reihe grundlegender bilateraler Abkommen vorgesehen, die die Errichtung eines gemeinsamen Steuer- und Zollraumes vorsieht. Die Steuergesetzgebung im Bereich der indirekten Steuern sollte im Weiteren als Modell für die übrigen Steuerkategorien dienen. Die Unterzeichnung dieser Roadmap sorgte und sorgt weiterhin für heftigen Streit. 2022 wurde der »Vertrag zwischen der Russischen Föderation und der Republik Belarus über die Harmonisierung der Zollgesetzgebung der Russischen Föderation und der Republik Belarus und die Zusammenarbeit im Bereich des Zollwesens« vom 4. März 2022 (wird vorläufig ab dem 15. März 2022 angewandt) unterzeichnet und ratifiziert.

Ende 2022 und Anfang 2023 ist eine beschleunigte Umsetzung des Unionsprogramms zur Harmonisierung der Steuer- und Zollgesetzgebung zu beobachten. Unter anderem wurde der Vertrag über die gemeinsamen Grundsätze der Besteuerung durch indirekte Steuern im Dezember 2022 von beiden Seiten ratifiziert. Da nun die rechtliche und normative Basis geschaffen war, besteht die nächste Phase in der Frage nach einer Schaffung einer überstaatlichen Steuerbehörde und der Einrichtung eines tatsächlich integrierten Verwaltungssystems.

Die Schaffung einer solchen Steuerbehörde ist nicht der wichtigste Indikator zur Abschätzung der Gefahr für die belarusische Souveränität. Sehr viel wichtiger ist, dass ein Integriertes System zur Verwaltung der indirekten Steuern (russ. Abk.: ISA KNN) eingerichtet werden soll. Die russischen Behörden würden mit Hilfe des ISA KNN Zugang zu Informationen über indirekte Steuern erhalten, die mit den russischen [Informationen] synchronisiert werden sollen. De facto bedeutet das einen Angriff auf die wirtschaftliche Souveränität von Belarus.

Die Frage ist jedoch, warum Lukaschenka und seine Minister auf diesen Schritt zur Aufgabe von Souveränität in sehr speziellen Verwaltungsbereichen eingingen, nämlich im Zoll- und Steuerwesen. Die Antwort ist recht einfach: Das Problem besteht darin, dass die Umsetzung dieser Roadmap mit der Implementierung einer anderen Roadmap synchronisiert ist (s. unten).

#### *Unionsprogramm zur Schaffung einheitlicher Märkte für Öl und Ölprodukte*

Dieses Programm sieht vier Phasen der Umsetzung vor. Entscheidend sind die erste und die vierte. Die erste Phase sieht die Ausarbeitung und Verabschiedung eines Entwurfs für einen zwischenstaatlichen Vertrag vor. Unter den Bedingungen war auch die, dass das Verbot für die Ausfuhr von Ölprodukten aus der Russischen Föderation in die Republik Belarus bis zum 31. Dezember 2024

über die indizierten Balancen (Protokolle) hinaus bestehen bleibt. Die vierte Phase dieses Programms unterstreicht seine Besonderheit dadurch, dass es zusammen mit dem Steuerprogramm ein Paket bildet. Das heißt, ein Abschied von oder eine Kompensation für das von Russland verabschiedete Steuermanöver würde mit der Umsetzung des Steuerprogramms synchronisiert. Das würde die Einführung eines integrierten Systems zur Verarbeitung der indirekten Steuern bedeuten. Die russische Seite, die auf eine Unterzeichnung der Steuer-Roadmap auf informeller Ebene hinarbeitete, gab Erklärungen heraus, die eine mögliche Abschaffung des »Steuermanövers« andeuteten. So erklärte Aleksandr Nowak, einer der stellvertretenden Ministerpräsidenten Russlands, beispielsweise am 21. März 2022, dass eine Abschaffung des Steuermanövers vor 2024 in Betracht gezogen werde.

Daher wurde die **Gefahr für die nationale Souveränität, insbesondere im Bereich der Steuer- und Zollgesetzgebung, von Lukaschenka nicht als vorrangig erachtet. Für ihn war es sehr viel wichtiger, Öl zu Vorzugspreisen zu erhalten, um die Einnahmeseite des Haushalts im Sinne des eigenen, persönlichen Machterhalts zu gewährleisten.**

### Roadmaps und belarusische Beamten

Die Haltung zu den Roadmaps des Unionsstaates unter den belarusischen Beamt:innen und Unternehmer:innen könnte auch positiv ausfallen. Der wichtigste Grund für eine solche positive Haltung waren die relativ »liberalen« Bedingungen für den Handel und das Finanzwesen. Da die meisten Veränderungen in der belarusischen Gesetzgebung vorgenommen werden sollen, wird also das russische Modell als Grundlage genommen. Die russischen Gesetze, die die Bereiche Handel und Finanzen regulieren, sind hier vorteilhafter als die belarusischen.

Ein weiteres Beispiel sind Roadmaps wie das Unionsprogramm zur Vereinheitlichung der Anforderungen bei der Organisation und Durchführung von Handelstätigkeit und das Unionsprogramm zur Harmonisierung der Geld- und Kreditpolitik sowie der makroprudenziellen Regulierung. Gemäß dem erstgenannten Unionsprogramm wird die Frage der Erteilung von Genehmigungen auf die lokale Ebene verlagert, was zweifellos die Attraktivität für lokale Eliten erhöht. Gemäß dem zweitgenannten Unionsprogramm würde die Nationalbank der Republik Belarus eine größere Selbständigkeit oder gar eine Autonomie erhalten, und die Geld- und Kreditpolitik würde eine festere institutionelle Basis erlangen.

Da sich aber nun Aljaksandr Lukaschenka gegen eine Liberalisierung der Wirtschaft wendet, könnte die

russische Seite diese Roadmaps in ein Druckmittel verwandeln, mit dem sie Zugeständnisse in anderen für sie interessanten Bereichen erzwingen kann. Darüber hinaus könnten diese Roadmaps zum Anlass werden, dass es zu einer Spaltung zwischen den Verwaltungs- und den Wirtschaftseliten in den belarusischen Regionen kommt. Das lässt sich ebenfalls als gewisser Faktor betrachten, der die Souveränität bedroht.

### Integration im Unionsstaat – wie weiter?

Der Prozess der Umsetzung der Roadmaps von November 2021 bis Januar 2023 ging uneinheitlich vonstatten. Hinsichtlich der Anzahl sind sieben der 28 Roadmaps vollständig umgesetzt. Hierbei handelt es sich aber nicht um grundlegende Unionsprogramme. 18 der Roadmaps werden also nur mit einer Verspätung umgesetzt. Allerdings stellen gerade diejenigen Roadmaps Risiken für die Souveränität dar, die mit recht hohem Tempo umgesetzt werden. Wie bereits erwähnt, sind dies die Programme zur Vereinheitlichung der Zoll und Steuergesetzgebung sowie der makroökonomischen Steuerung. Es ist bei der Umsetzung der Roadmaps zur Integrierung der Zahlungssysteme eine Verzögerung zu beobachten, die auf die verhängten Sanktionen gegen Russland und Belarus zurückzuführen ist. Darüber hinaus ist praktisch nur bei folgenden Unionsprogrammen mit der Arbeit begonnen worden, nämlich bei dem Programm zur Schaffung eines gemeinsamen Marktes und dem zur Abstimmung der jeweiligen Sozial- und Beschäftigungspolitik.

Ausgehend von den bisherigen Ausführungen lässt sich prognostizieren, dass es in den Bereichen, die weder für Minsk noch für Moskau von Interesse sind zu Verzögerungen kommen wird. Dabei dürften die Roadmaps, die die größte Bedrohung für die belarusische Souveränität darstellen, unter beträchtlichem Druck und auch im Tausch gegen Vorzugspreise für Öl und Gas im Laufe des Jahres 2023 umgesetzt werden.

Ende 2023 wird wohl die Vorstellung neuer Roadmaps für eine weitere »Integration« erfolgen. Und diejenigen, die noch nicht umgesetzt sein wurden, werden wohl in die zweite Phase von 2024 bis 2026 verschoben.

Auch wenn eine Liste neuer Unionsprogramme bereits erörtert wird, gibt es in der Öffentlichkeit leider keine Informationen darüber, wann sie vorgestellt wird. Daher ist nur schwer zu beurteilen, welche Richtung die »Integration« im weiteren Verlauf nehmen wird.

*Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder*

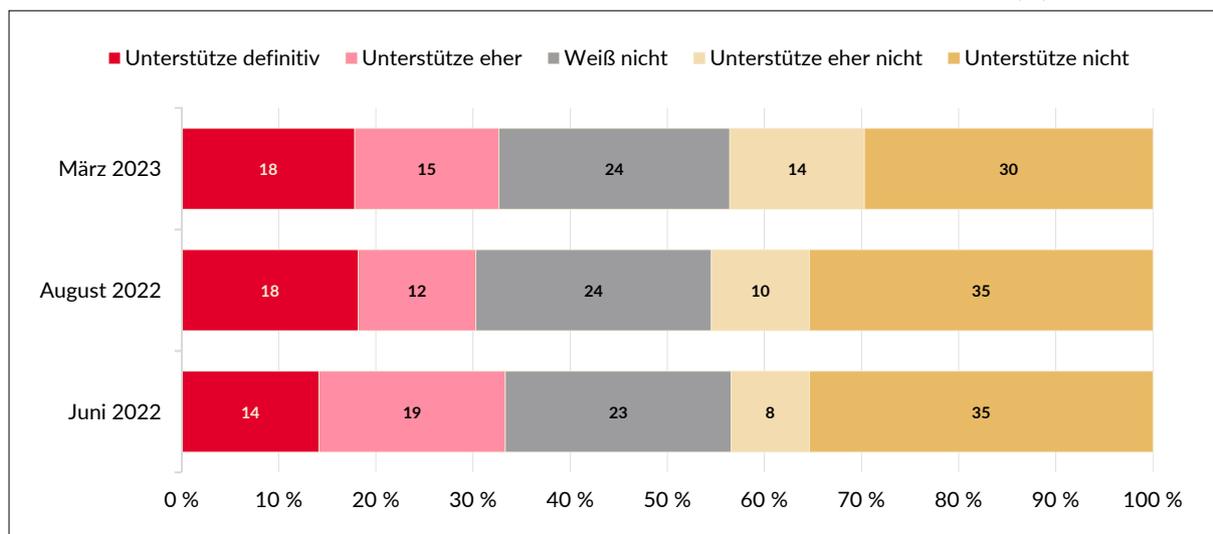
### Über die Autorin

*Roza Turarbekava* ist promovierte Historikerin und ehem. Dozentin an der Belarusischen Staatlichen Universität. Ihre Forschungsinteressen sind die belarusisch-russischen Beziehungen, eurasische Integrationsprojekte, die Außenpolitik der Republik Belarus in Bezug auf Staaten in Asien sowie die politische Entwicklung in Zentralasien.

## UMFRAGEN

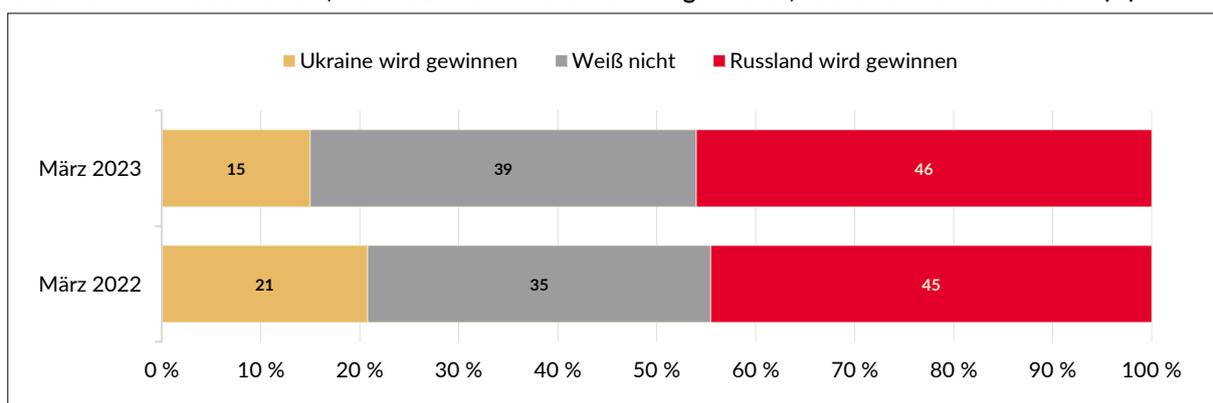
## Umfrage von Chatham House »Die Haltung der Belarus\*innen zum Krieg und Wertorientierungen«

**Grafik 1: Inwieweit unterstützen Sie die militärischen Aktionen Russlands in der Ukraine? (%)**



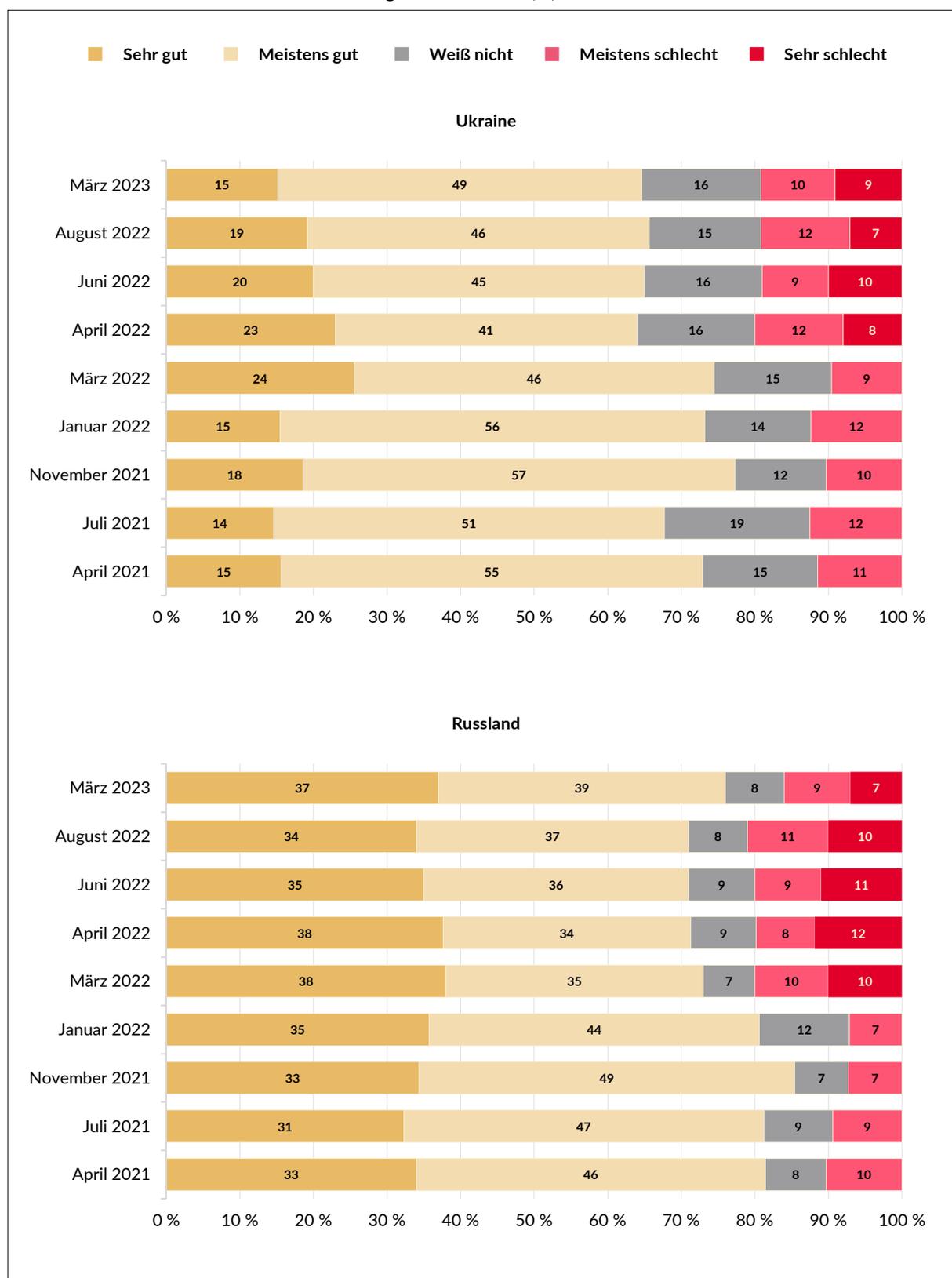
Quelle: Internetumfrage von Chatham House unter 804 Stadtbewohner\*innen »Die Haltung der Belarus\*innen zum Krieg und Wertorientierungen« (März 2023), S. 5; [https://drive.google.com/file/d/1Ebmb0wj6mBblmpii\\_alWJmLoejYMmmuH/view](https://drive.google.com/file/d/1Ebmb0wj6mBblmpii_alWJmLoejYMmmuH/view)

**Grafik 2: Was denken Sie, wer wird in dem Militärkonflikt gewinnen, Russland oder die Ukraine? (%)**



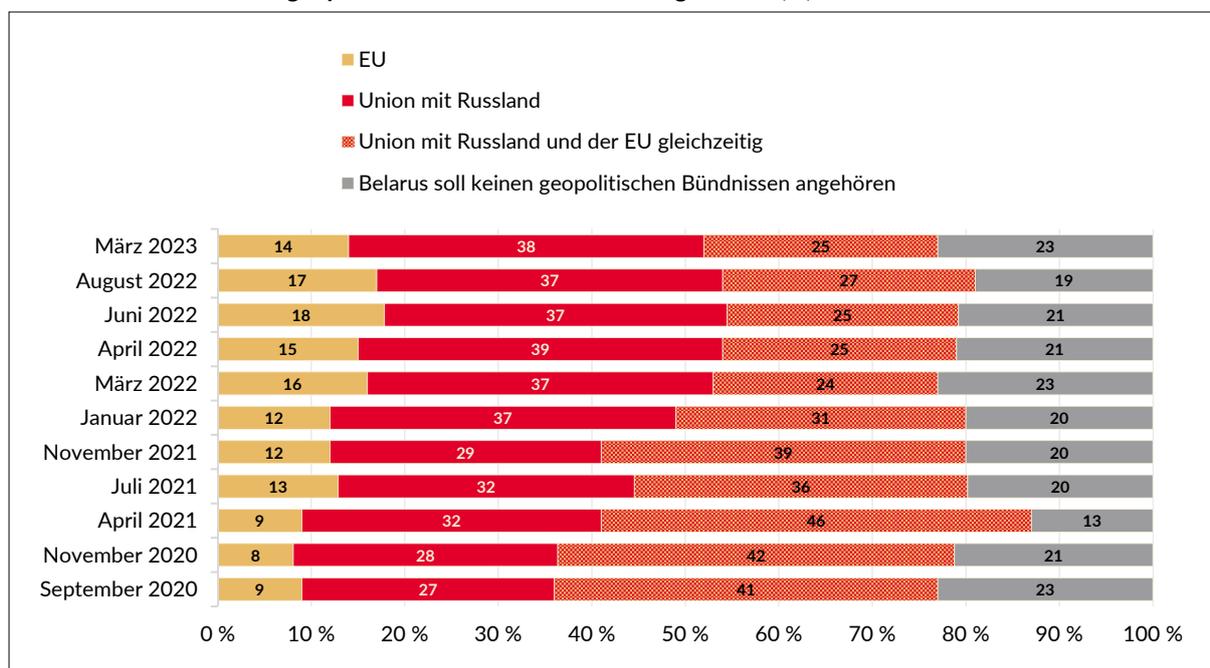
Quelle: Internetumfrage von Chatham House unter 804 Stadtbewohner\*innen »Die Haltung der Belarus\*innen zum Krieg und Wertorientierungen« (März 2023), S. 11; [https://drive.google.com/file/d/1Ebmb0wj6mBblmpii\\_alWJmLoejYMmmuH/view](https://drive.google.com/file/d/1Ebmb0wj6mBblmpii_alWJmLoejYMmmuH/view)

Grafik 3: Wie ist Ihr Verhältnis zu den folgenden Staaten? (%)



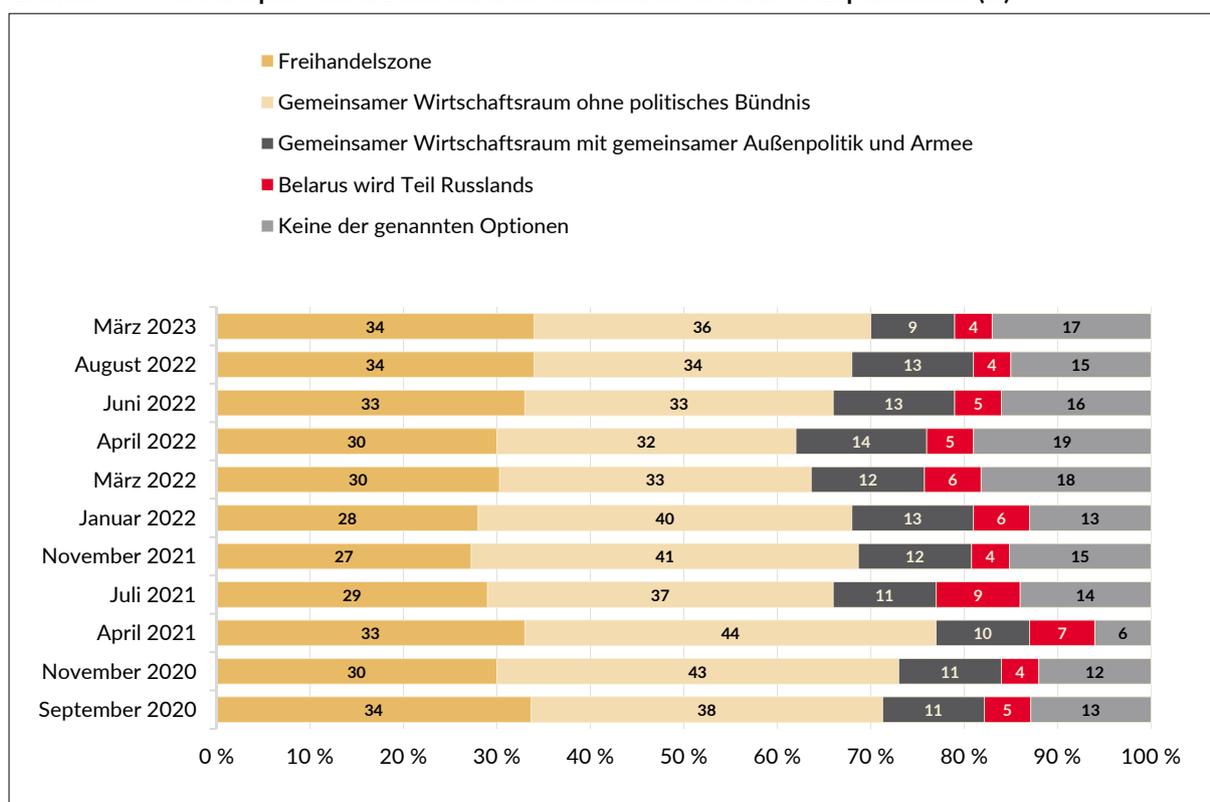
Quelle: Internetumfrage von Chatham House unter 804 Stadtbewohner\*innen »Die Haltung der Belarus\*innen zum Krieg und Wertorientierungen« (März 2023), S. 16; [https://drive.google.com/file/d/1Ebmb0wj6mBblmpii\\_alWJmLoejYMmmuH/view](https://drive.google.com/file/d/1Ebmb0wj6mBblmpii_alWJmLoejYMmmuH/view)

Grafik 4: Zu welchem geopolitischen Bündnis soll Belarus gehören? (%)

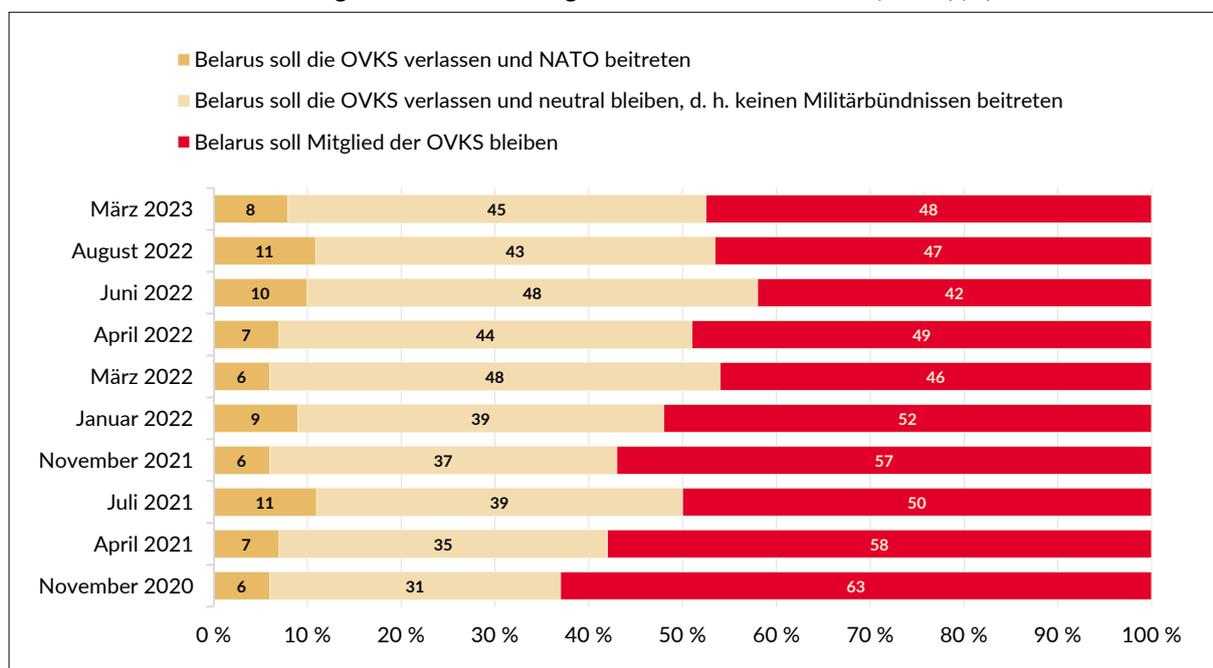


Quelle: Internetumfrage von Chatham House unter 804 Stadtbewohner\*innen »Die Haltung der Belarus\*innen zum Krieg und Wertorientierungen« (März 2023), S. 17; [https://drive.google.com/file/d/1Ebmb0wj6mBblmpii\\_alWJmLoejYMmmuH/view](https://drive.google.com/file/d/1Ebmb0wj6mBblmpii_alWJmLoejYMmmuH/view)

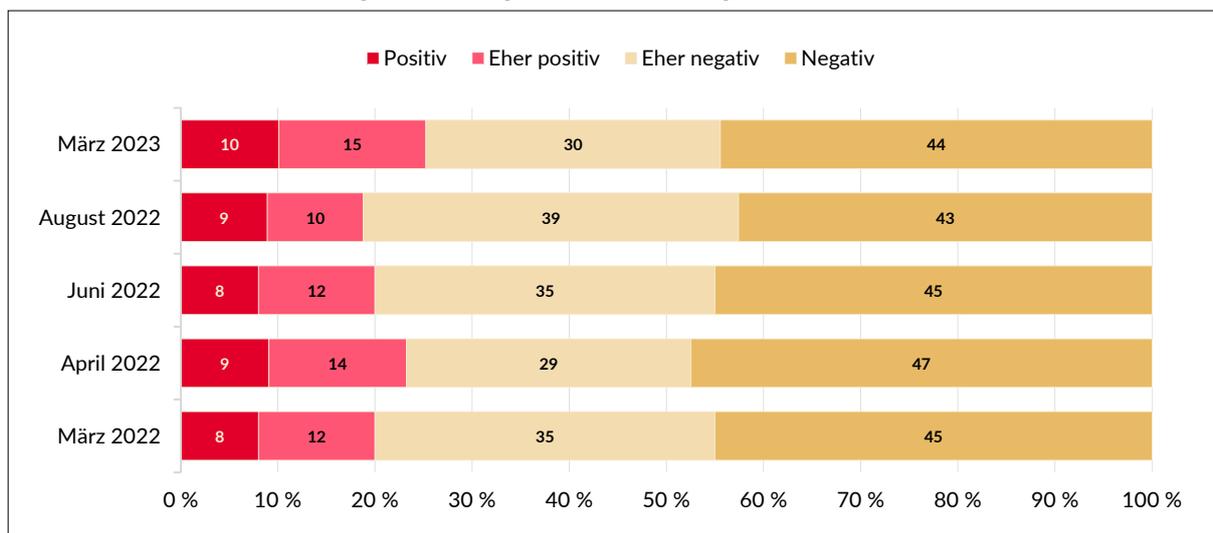
Grafik 5: Welche Option eines Bündnisses mit Russland ist für Sie am akzeptabelsten? (%)



Quelle: Internetumfrage von Chatham House unter 804 Stadtbewohner\*innen »Die Haltung der Belarus\*innen zum Krieg und Wertorientierungen« (März 2023), S. 19; [https://drive.google.com/file/d/1Ebmb0wj6mBblmpii\\_alWJmLoejYMmmuH/view](https://drive.google.com/file/d/1Ebmb0wj6mBblmpii_alWJmLoejYMmmuH/view)

**Grafik 6: Verhältnis zur Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) (%)**

Quelle: Internetumfrage von Chatham House unter 804 Stadtbewohner\*innen »Die Haltung der Belarus\*innen zum Krieg und Wertorientierungen« (März 2023), S. 20; [https://drive.google.com/file/d/1Ebmb0wj6mBblmpii\\_alWJmLoejYMmmuH/view](https://drive.google.com/file/d/1Ebmb0wj6mBblmpii_alWJmLoejYMmmuH/view)

**Grafik 7: Was ist Ihre Haltung zu einer möglichen Stationierung russischer Atomwaffen in Belarus? (%)**

Quelle: Internetumfrage von Chatham House unter 804 Stadtbewohner\*innen »Die Haltung der Belarus\*innen zum Krieg und Wertorientierungen« (März 2023), S. 21; [https://drive.google.com/file/d/1Ebmb0wj6mBblmpii\\_alWJmLoejYMmmuH/view](https://drive.google.com/file/d/1Ebmb0wj6mBblmpii_alWJmLoejYMmmuH/view)

## CHRONIK

## 12. März – 29. Mai 2023

12.– 13.03.2023	Aljaksandr Lukaschenka hält sich zu einem offiziellen Besuch in Iran auf. Dort wird ein Fahrplan für die Zusammenarbeit beider Länder u. a. im politischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, technischen, touristischen und kulturellen Bereich unterzeichnet. Dabei gehen Analytiker:innen des US-amerikanischen »Institute for the Study of War« (ISW) davon aus, dass der eigentliche Grund seiner Reise eine Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen Russland und Iran sein könnte (z. B. durch Waffenlieferungen an Russland zur Fortsetzung des Krieges gegen die Ukraine).
15.03.2023	Das EU-Parlament verabschiedet eine Entschliessung zu den fortgesetzten Repressionen gegen die Bevölkerung von Belarus. Im Dokument wird die Notwendigkeit betont, die Verbrechen des Lukaschenka-Regimes gegen das belarusische Volk zu untersuchen.
17.03.2023	Ljudmila Tschekina, die Generaldirektorin von »TUT BAJ MEDIA«, und Maryna Solatawa, die Chefredakteurin der Organisation, werden zu jeweils 12 Jahren Gefängnis verurteilt (u. a. wegen Verbreitung von Materialien mit öffentlichen Aufrufen zum Sturz der Staatsmacht); die Politologinnen Waleryja Kastjuhawa und Tazzjana Kusina werden zu jeweils 10 Jahren Haft verurteilt (u. a. wegen Verschwörung zur Machtergreifung).
17.03.2023	Ein Bericht des UN-Hochkommissars für Menschenrechte zur Lage in Belarus wird veröffentlicht (Mai 2020 bis Dezember 2022). Das UN-Büro für Menschenrechte wirft Belarus Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor; die Gewalt richte sich vor allem gegen Regierungskritiker, heißt es in dem Bericht.
18.03.2023	Die belarusische regierungsnahen Organisation »Belaja Rus« veranstaltet einen Kongress zur Gründung einer gleichnamigen Partei.
22.03.2023	Die USA planen, im Jahr 2023 einen umfassenden strategischen Dialog mit der demokratischen Bewegung von Belarus aufzunehmen, sagt die stellvertretende US-Außenministerin Wendy Sherman bei einem Treffen mit Swjatlana Zichanouskaja in Washington D.C.
23.03.2023	Die OSZE startet den Moskauer Mechanismus in Bezug auf Belarus. Die OSZE habe »mit großer Besorgnis den Bericht des UN-Hochkommissars für Menschenrechte gelesen«, der »einmal mehr die schreckliche und sich ständig verschlechternde Menschenrechtssituation in Belarus dokumentiert«, bemerkt die Botschafterin und ständige Vertreterin Kanadas bei der OSZE, Jocelyn Kinnear, in einer gemeinsamen Erklärung zur Einführung des Mechanismus. Der OSZE-Mechanismus wird in Bezug auf Belarus zum dritten Mal ins Leben gerufen – zuvor geschah dies in den Jahren 2010 und 2020.
24.03.2023	Das Finanzministerium der USA kündigt eine Ausweitung der Sanktionen gegen belarusische Unternehmen und natürliche Personen an. Die Beschränkungen betreffen u. a. zwei staatliche Unternehmen, nämlich die Autohersteller »BELAZ« und »Minsker Automobilwerke«, sowie 9 Einzelpersonen.
25.03.2023	Anhänger:innen des demokratischen Belarus feiern am 105. Jahrestag der Ausrufung der Belarusischen Volksrepublik 1918 den »Tag der Freiheit«. In Belarus ist dieser kein offizieller Feiertag. Im Ausland Der Tag der Freiheit ausgiebig begangen: Angehörige der Diaspora veranstalten Demonstrationen und Kundgebungen in Litauen, Polen, Georgien, der Tschechischen Republik, Schweden, Deutschland, Belgien, den Niederlanden und vielen anderen Ländern.
26.03.2023	Wladimir Putin sagt in einem Interview mit dem Fernsehsender »Rossija 24«, dass der Bau eines speziellen Lagers für taktische Atomwaffen auf dem Territorium von Belarus bis zum 1. Juli abgeschlossen sein werde. Der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borel, schreibt auf Twitter, eine Stationierung russischer Atomwaffen in Belarus würde eine »unverantwortliche Eskalation und eine Bedrohung der europäischen Sicherheit bedeuten«.
28.03.2023	Swjatlana Zichanouskaja fordert den US-Senat auf, Lukaschenka und sein Regime als vollständig von einem fremden Staat kontrolliert anzuerkennen.
28.03.2023	Der Pressesprecher des belarusischen Außenministeriums, Anatol Hlas, bezeichnet die geplante Stationierung russischer taktischer Atomwaffen auf dem Territorium des Landes als Vergeltungsmaßnahme zur Stärkung der eigenen Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeit.
29.03.2023	Der UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte fordert Litauen auf, die Entscheidung zu überdenken, den Transit belarusischer Düngemittel zu verbieten. Dabei wird darauf verwiesen, dass es in Afrika und Lateinamerika an Düngemitteln mangle.
29.03.2023	Die demokratischen Kräfte von Belarus fordern die EU auf, keine restriktiven Maßnahmen gegen die Bürger:innen von Belarus zu ergreifen. Die belarusische Gesellschaft sei im Gegensatz zur russischen Gesellschaft gegen den Einsatz belarusischer Truppen auf dem Territorium der Ukraine, heißt es in der Erklärung.

01.04.2023	Die EU fordert die belarusischen Behörden auf, den internationalen Verpflichtungen im Bereich der Nichtverbreitung von Atomwaffen nachzukommen.
04.04.2023	Einige belarusische Kampfflugzeuge hätten die Fähigkeit erworben, feindliche Ziele mit Atomwaffen anzugreifen, sagt der russische Verteidigungsminister Sergej Schoigu bei einem Treffen mit der Führung der russischen Streitkräfte.
05.– 06.04.2023	Aljaksandr Lukaschenka hält sich zu einem offiziellen Besuch in Moskau auf. Er erklärt, dass 80 % der Aktivitäten im Rahmen von 28 bilateralen Unionsprogrammen des Unionstaates von Russland und Belarus umgesetzt worden seien.
10.04.2023	Aljaksandr Lukaschenka trifft sich in Minsk mit dem Verteidigungsminister der Russischen Föderation, Sergej Schoigu. Im Falle einer Aggression gegen Belarus soll die Russische Föderation Belarus wie ihr eigenes Territorium verteidigen, erklärt Lukaschenka.
11.04.2023	Kanada verhängt Sanktionen gegen 9 Organisationen des Finanzsektors von Belarus. Die Sanktionen wurden gegenüber der Nationalbank der Republik Belarus sowie den größten Banken des Landes mit unterschiedlichen Eigentumsformen verhängt: Belarusbank, Belagroprombank, BPS-Sberbank, Priorbank, BelVEB Bank, Belgazprombank, VTB-Bank und Statusbank. Gegenwärtig stehen 14 belarussische Banken unter Sanktionen von Kanada.
13.04.2023	Im Innenministerium von Belarus werden Freiwilligeneinheiten der Inlandsstreitkräfte mit einer Stärke von etwa tausend Menschen gebildet, berichtet der stellvertretende Innenminister Mikalaj Karpenkau. Er verknüpft die Notwendigkeit, die Inlandsstreitkräfte zu verstärken, mit den Ereignissen in der Ukraine.
18.04.2023	Aljaksandr Lukaschenka empfängt den Donezker Separatistenführer Denis Puschilin in Minsk. Sein Pressedienst bezeichnet Puschilin als »den Interimschef der Volksrepublik Donezk«.
19.04.2023	Offizielle Stellen in Kiew verurteilt das Treffen von Lukaschenka in Minsk mit dem Chef der sogenannten Volksrepublik Donezk, Denis Puschilin, als einen Versuch, diesen Vertreter der russischen Besatzungsverwaltung in Donezk zu legitimieren; der ukrainische Botschafter in Minsk wird zu Konsultationen zurückgerufen.
22.04.2023	In Vilnius findet die 2. Konferenz der Belarus:innen der Welt statt. Swjatlana Zichanouskaja nennt vier Prioritäten der belarusischen demokratischen Kräfte: Aufbau der Subjekthaftigkeit der belarusischen Gesellschaft; Stärkung des Einflusses der belarusischen Diaspora auf Ereignisse und Prozesse in Belarus; das Lukaschenka-Regime muss zur Rechenschaft gezogen und entsprechender Druck ausgeübt werden; politische Gefangene in Belarus in die Freiheit holen.
24.04.2023	Swjatlana Zichanouskaja hält die »Berliner Rede zur Freiheit« der Friedrich-Naumann-Stiftung und bittet dabei die Bundestagsabgeordneten um mehr Hilfe für die belarusische Zivilgesellschaft und mehr Druck auf das Lukaschenka-Regime.
26.04.2023	Tausende Belarus:innen marschierten in europäischen Städten zum Jahrestag des Unfalls von Tschernobyl.
27.04.2023	Das Team von Wiktar Babryka, der 2020 als Präsidentschaftskandidat von den Behörden nicht registriert und verhaftet wurde, bestätigt dessen Krankenhausaufenthalt. Nach inoffiziellen Angaben wurde Wasser in seiner Lunge festgestellt.
27.04.2023	Die Parlamentarische Versammlung des Euroarates (PACE) stellt die Beteiligung des Lukaschenka-Regimes an der Zwangsdeportation ukrainischer Kinder fest. Die PACE-Resolution fordert die internationale Gemeinschaft auf, die Strafverfolgung Lukaschenkas wegen der illegalen Überstellung ukrainischer Kinder zu unterstützen.
01.05.2023	Der Grenzschutz der Ukraine berichtet, dass der Beschuss vom Territorium von Belarus aus eingestellt worden sei, und dass die Drohnenangriffe allerdings weitergingen.
02.05.2023	Swjatlana Zichanouskaja wird der »Tipperary International Peace Award« verliehen, der Preis ist Irlands bedeutendste humanitäre Auszeichnung.
02.05.2023	Das belarusische Justizministerium registriert die regimetreue Partei »Belaja Rus«, die früher als Organisation fungierte.
04.05.2023	Die OSZE stuft die Verbringung ukrainischer Kinder, unter anderem nach Belarus, als Kriegsverbrechen ein. Dies geht aus der Stellungnahme von Expert:innen des Moskauer Mechanismus der Organisation hervor.
09.05.2023	Aljaksandr Lukaschenka nimmt an der Siegesparade in Moskau teil. Er fühlt sich offensichtlich nicht gut und reist frühzeitig nach Minsk ab.
09.05.2023	An der Grenze zwischen Belarus und Russland kommt es zu verstärkten Kontrollen, nach inoffiziellen Angaben sind kleine Straßen gesperrt.

09.– 15.05.2023	Aljaksandr Lukaschenka tritt nach dem Besuch in Moskau fünf Tage nicht in der Öffentlichkeit auf, was Spekulationen über seinen Gesundheitszustand auslöst.
11.05.2023	Dem Ständigen Rat der OSZE wird der »Bericht über eine ernsthafte Bedrohung der menschlichen Dimension der OSZE in Belarus seit dem 5. November 2020« vorgelegt. Der Bericht wurde im Rahmen des Moskauer Mechanismus der OSZE erstellt. Den belarussischen Behörden wird u. a. Folgendes empfohlen: Die sofortige Freilassung politischer Gefangener; Gewährleistung, dass Journalist:innen frei und unabhängig arbeiten können, sowie Zulassung unabhängiger Medien in Belarus; Reduzierung der Praxis nichtöffentlicher Gerichtsverfahren. Den OSZE-Mitgliedern wird empfohlen, alle Maßnahmen zu ergreifen, damit die Verantwortlichen für Repressionen in Belarus durch nationale, regionale oder internationale Verfahren zur Rechenschaft gezogen werden, auch sollten Ermittlungen und Strafverfolgung gemäß der extraterritorialen Gerichtsbarkeit, einschließlich der Weltgerichtsbarkeit, unternommen werden.
13.05.2023	Der PACE-Migrationsausschuss hat Empfehlungen ausgearbeitet, durch die belarussische Staatsangehörige, die gezwungen waren, aus Belarus zu fliehen, im Ausland leichter einen legalen Status erhalten sollen.
15.05.2023	Die Ukraine habe kürzlich den Abzug russischer Truppen aus Belarus ohne Rotation registriert, teilt der ukrainische staatliche Grenzdienst mit.
16.05.2023	Der Vertreter von Belarus bei den Vereinten Nationen, Waljanzin Rybakou, bezeichnet die Pläne der Russischen Föderation, taktische Atomwaffen in Belarus einzusetzen, als »nur eine Erklärung«.
17.05.2023	Swjatlana Zichanouskaja hält eine Rede auf dem Gipfel des Europarates in Reykjavik. Sie spricht u. a. über die Notwendigkeit für Belarus, dem Europarat in der Zukunft beizutreten.
19.05.2023	Das Handelsministerium der USA hat die Exporte nach Belarus und Russland von weiteren mehr als 1.200 Industriegütern beschränkt. Für deren Lieferung werden für den Export bzw. für den Reexport zur Übergabe innerhalb von Russland und Belarus Lizenzen erforderlich sein.
21.05.2023	Swjatlana Zichanouskaja nimmt an der Sitzung des politischen Ausschusses der Parlamentarischen Versammlung der NATO in Luxemburg teil. Sie fordert die Versammlung auf, den Plan der belarussischen demokratischen Kräfte für eine Bewegung von Belarus weg von Russland nach Europa zu unterstützen.
22.05.2023	In der Erklärung der Parlamentarischen Versammlung der NATO in Luxemburg wird das belarussische Regime als Russlands Co-Aggressor im Krieg gegen die Ukraine bezeichnet und im Zusammenhang mit der Bestrafung für mögliche Taten des Völkermordes erwähnt.
22.05.2023	Der politische Gefangene Raman Pratasewitsch, der nach dem erzwungenen Landung der Ryanair-Maschine in Minsk im Mai 2021 verhaftet wurde, wird begnadigt.
24.05.2023	Belarus unterstützt nicht die Resolution der WHO-Versammlung, in der die Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine, einschließlich der Angriffe auf medizinische Einrichtungen, verurteilt wird.
25.05.2023	Die Verteidigungsminister von Belarus und Russland, Wiktar Chrenin und Sergej Schoigu, unterzeichnen Dokumente über das Verfahren zur »Aufbewahrung russischer nichtstrategischer Atomwaffen« in Belarus.
29.05.2023	Polen verhängt Sanktionen gegen 365 belarussische Bürger:innen und friert die Ressourcen von 20 Unternehmen und 16 Einzelpersonen ein. Die Entscheidung wurde im Zusammenhang mit der Bestätigung des Urteils (8 Jahre Haft) für den Journalisten und Aktivistin der inoffiziellen Union der Polen in Belarus, Andrzej Poczobut (Eine Berufung gegen das Urteil wird an dem Tag abgewiesen) und den Repressionen der belarussischen Behörden gegen politische Gegner des Regimes von Lukaschenka getroffen.

Zusammengestellt auf der Grundlage von Meldungen des Nachrichtenkanals auf Telegram [pozirkonline](https://t.me/na_vinyby) (ehem. [naviny.by](https://t.me/navinyby)).

Sie können die gesamte Chronik ab dem 14.03.2011 auch auf <http://www.laender-analysen.de/belarus/> unter dem Link »Chronik« lesen.

**Herausgeber:**

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen  
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.  
Deutsches Polen-Institut  
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien  
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung  
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

**Redaktion:**

Olga Dryndova (verantwortlich)  
Sprachredaktion: Hartmut Schröder  
Satz: Matthias Neumann

**Wissenschaftlicher Beirat:**

Prof. Dr. Margarita Balmaceda, Seton Hall University / Harvard University  
Prof. Dr. Heiko Pleines, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen  
Dr. Astrid Sahn, IBB Dortmund

Die Meinungen, die in den Belarus-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Belarus-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)

ISSN 2192-1350 © 2023 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607  
e-mail: [laender-analysen@uni-bremen.de](mailto:laender-analysen@uni-bremen.de) • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/belarus>



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen

Polen-Analysen

Russland-Analysen

Ukraine-Analysen

Zentralasien-Analysen



## Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

### Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laenderanalysen.de/belarus/>

### Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

### Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

### Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laenderanalysen.de/russland/>

### Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

### Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laenderanalysen.de/ukraine/>

### Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laenderanalysen.de/zentralasien/>